

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 8, 2025

1. Niedersachsen

1.1. Schulfach „Christliche Religion“ startet im Sommer 2026

Ab August 2026 werden der evangelische und der katholische Religionsunterricht zum Fach „Christliche Religion“ vereinigt. Das besiegelten die Vertreter der beiden großen Kirchen in Niedersachsen bei einer Feierstunde mit der niedersächsischen Kultusministerin Julia Willie Hamburg in Hannover.

„Das Fach ‚Christliche Religion‘ wird künftig einen großen Beitrag leisten für den Dialog zwischen den Schülerinnen und Schülern und für die Schaffung der eigenen Werteorientierung“, sagte Hamburg. „Man braucht einen eigenen Standpunkt und eine eigene Haltung, aber dann auch den Dialog und die Auseinandersetzung mit dem Gegenüber“. Sie sprach von einem „historischen Akt“.

Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Thomas Adomeit aus Oldenburg, sagte: „Das Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler religiös gebildet sind und für sich klären können, woran sie ‚ihr Herz hängen‘, was ihrem Leben Sinn und Orientierung gibt.“ Der Hildesheimer katholische Bischof Heiner Wilmer sprach von einem Novum in Niedersachsen und in ganz Deutschland. „Das neue Fach ‚Christliche Religion‘ leistet auch einen unverzichtbaren Beitrag zur allgemeinen Bildung in einer pluralen Gesellschaft.“ Es eröffne einen eigenen Zugang zur Wirklichkeit und fördere Urteilsfähigkeit, Sinnfindung sowie Toleranz.

Der kirchen- und religionspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Thore Güldner, sagte, der christliche Religionsunterricht stärke den interreligiösen Dialog und mache den Unterricht fit für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen. Der Sprecher für Schulpolitik und Religionsgemeinschaften der Grünen-Fraktion, Pascal Mennen, nannte die Unterzeichnung einen Meilenstein. Die Einigung belege, dass Kooperation über konfessionelle Unterschiede hinweg erfolgreich gestaltet werden könne.

Das neue Fach „Christliche Religion“ soll an die Stelle der bisherigen Unterrichtsfächer evangelische und katholische Religion treten. Ab August 2026 sollen evangelische und katholische Schüler der Klassen 1 bis 10 gemeinsam in Religion unterrichtet werden, statt wie bisher zumeist getrennt. Das Fach ist offen für weitere Interessierte, die keiner Kirche angehören ([mehr](#)).

1.2. Niedersachsen startet Social-Media-Kampagne gegen Judenhass

Unter dem Titel „Shalom Digga“ hat das Land Niedersachsen eine Internet-Kampagne gegen Judenhass gestartet. Über Memes und Videos in den Sozialen Medien sollen damit Jugendliche direkt erreicht werden, sagte der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Gerhard Wegner. Die Kampagne soll gegen Vorurteile, Lügen und Mythen über Jüdinnen und Juden vorgehen.

Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) lobte die Kampagne. Zugleich sei es erschreckend, „dass wir eine solche Kampagne überhaupt brauchen“. Das Land stellt für die Umsetzung 130.000 Euro bereit. Hinter der Aktion steht das Bündnis „Niedersachsen gegen Antisemitismus“, an dem mehr als 70 Organisationen beteiligt sind, darunter Kirchen, Gewerkschaften und Kommunen ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

– Haus der Religionen in Hannover gewinnt einen der fünf Hauptpreise der großen Jubiläumsaktion der VGH-Versicherung ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Türkisches Religionsministerium ruft die Muslime zum „Dschihad“ für Gaza auf

Kurz vor dem Ende seiner offiziellen Amtszeit (s.u. 2.2.) hat der Vorsitzende des türkischen Religionsministeriums Diyanet, Ali Erbaş, die weltweite islamische Gemeinschaft „zu allen Formen des Dschihad“ für Gaza und „gegen die zionistische Besatzung“ aufgerufen.

Der Aufruf ist Teil einer 13-Punkte-Erklärung, die zum Abschluss einer Konferenz zum Thema „Islamische und humanitäre Verantwortung: Gaza“ vor der „Hagia Sophia-i Kebir-Moschee“ in Istanbul vorgestellt wurde. An der Konferenz, die in Zusammenarbeit zwischen der „Weltunion muslimischer Gelehrter“ und der „Stiftung islamischer Gelehrter in der Türkei“ organisiert wurde, nahmen nach eigenen Angaben 150 Gelehrte aus 50 Ländern teil, unter ihnen auch ein Repräsentant der Hamas, Marwan Abou Ras.

Vor der Veröffentlichung am 29. August wies Erbaş, der in seiner Funktion als Diyanet-Präsident zugleich oberster Vorsitzender des deutschen Moscheeverbands DITIB ist, darauf hin, dass das „zionistische Besetzungsregime in Palästina in Gaza für seine schmutzigen Ziele einen regelrechten Völkermord verübt“ habe.

„Angesichts dieser niederträchtigen Angriffe und des Völkermords“ könnten gläubige Muslime nicht schweigen. „In unserem Glauben ist es verboten, gegenüber Unterdrückung und Ungerechtigkeit gleichgültig zu bleiben, gegenüber Tyrannen und Verrätern zu schweigen, Tyrannen, Besatzern und Mörfern direkt oder indirekt zu unterstützen und ihre Anhänger zu unterstützen. Deshalb kann jeder etwas tun.“ Geboten seien unter anderem der Boykott gegen israelische Waren und der Dschihad in allen Formen.

Wörtlich heißt es:

[1] „Als Gelehrte, die an dieser Konferenz teilnehmen, lehnen wir die Entwaffnung des Widerstands entschieden ab. Wir weisen alle Aufrufe, das palästinensische Volk von seinem legitimen Recht auf Widerstand abzubringen, entschieden zurück und bekräftigen nachdrücklich, dass das palästinensische Volk gegen die zionistische Besatzung alle legitimen Mittel des Widerstands, einschließlich des bewaffneten Widerstands, einsetzen darf. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, die Umma zu allen Formen des Dschihad auf dem Weg Gottes zu mobilisieren.“ [...]

[6] „Wir erklären allen Staaten, insbesondere den islamischen Ländern, dass es geboten ist, alle Beziehungen zur zionistischen Besatzungsmacht und ihren Unterstützern, einschließlich politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen, unverzüglich und vollständig abzubrechen.“ [...]

[7] „Jegliche geschäftliche Zusammenarbeit mit dem zionistischen Besetzungsstaat muss unverzüglich und vollständig eingestellt werden. Der Kauf von Produkten von Unternehmen, die direkt oder indirekt mit zionistischen Unternehmen zusammenarbeiten, ist religiös verboten. Darüber hinaus ist es Pflicht, alle Mittel zu boykottieren, die der Besatzung und Unterdrückung zugutekommen. Wir erklären diese Punkte allen Mitgliedern, Führern und Institutionen der islamischen Umma ausdrücklich. Diese Regelung basiert auf den Grundprinzipien des islamischen Rechts, dem Konsens und den methodologischen Grundsätzen zur Unterstützung der Unterdrückten und zur Verhinderung der Unterdrücker und legt der Umma eine verbindliche Verantwortung auf.“

[8] Die Gelehrten müssen groß angelegte Demonstrationen und Protestmärsche anführen, und die Staaten müssen die Bürgerrechte ihrer Völker achten und insbesondere die Einschränkungen der Meinungsfreiheit und des Rechts auf friedliche Demonstrationen aufheben.“ [...]

[10] „Wir rufen die christlichen Institutionen, insbesondere den Papst als obersten Vertreter der katholischen Welt, den Ökumenischen Rat der Kirchen und die Kirchengemeinden im Osten und Westen, ausdrücklich dazu auf, eine humanitäre und moralische Haltung gegen den Völkermordkrieg in Gaza einzunehmen.“ [...]

[11] „Die vernünftigen jüdischen Institutionen, die sich gegen die Angriffe auf Gaza aussprechen, müssen eine auf Recht und Gerechtigkeit basierende Haltung einnehmen und sich für ein Ende der Unterdrückung in Gaza einsetzen.“

[12] Jede Art von Sicherheitskoordination mit dem Besatzer ist ein Verbrechen. In diesem Zusammenhang müssen alle Staaten und die derzeitige palästinensische Verwaltung jede Art von Koordination mit dem Feind unverzüglich einstellen.

[13] Als islamische Gelehrte rufen wir die Staaten, die im Projekt der ‚zionistischen Besatzer‘ ins Visier genommen werden, dazu auf, die Verantwortung für die Abwehr der Pläne des Feindes zu übernehmen und realistische und konkrete Schritte zu unternehmen, um ihn abzuschrecken und ihm entgegenzutreten“ ([hier](#)).

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat den Moscheeverband DITIB nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ aufgefordert, sich von der Erklärung zu distanzieren. „Wir erwarten von Kooperationspartnern der Bundesregierung eine klare Distanzierung zu Organisationen und Personen, die antisemitische Narrative verbreiten sowie islamistische Bestrebungen verfolgen oder unterstützen“, so ein Sprecher des BMI gegenüber der „Welt“. Die weitere Zusammenarbeit hänge davon ab, „inwieweit eine Einflussnahme und Steuerung durch ausländische Regierungen erfolgt“. Die Vorgänge zeigten erneut, „wie problematisch die strukturelle und personelle Anbindung von Ditib an die türkische Religionsbehörde ist.“ Das BMI unterstützt unter anderem die Ausbildung von Imamen der DITIB ([mehr](#)).

DITIB hat bisher keine Stellungnahme zu dem 13-Punkte-Plan veröffentlicht. Auf Anfrage des Senders „Euronews“ teilte die Bundeszentrale in Köln mit, die Position des Verbands zum Krieg in Gaza sei bekannt. „An dieser Haltung hat sich nichts geändert.“ DITIB habe „ein klares theologisches Verständnis, welches frei von jeglichen extremistischen Tendenzen und Auslegungen ist“ ([mehr](#)). Zugleich trat einer der Organisatoren der Konferenz, der Theologe Mustafa Karataş ([mehr](#)), wenige Tage nach Verabschiedung der Erklärung als Redner in der DITIB-Zentralmoschee auf ([mehr](#)).

2.2. Türkei: Safi Arpaguş neuer Präsident des Religionsministeriums Diyanet

Der Theologe und bisherige Mufti von Istanbul Safi Arpaguş ist zum neuen Präsidenten des türkischen Religionsministeriums Diyanet ernannt worden. Er löst Ali Erbas ab, der das Amt seit 2017 innehatte ([mehr](#); s. auch o. 2.1.).

Nach offiziellen Angaben war Arpaguş, Jahrgang 1967, von 2011 bis 2021 stellvertretender Dekan der Theologischen Fakultät der Marmara-Universität und seit 2021 Mufti von Istanbul. Am 18. September 2025 wurde er durch einen Erlass des Staatspräsidenten zum Präsidenten des Diyanet ernannt.

Arpaguş ist der 19. Präsident der Behörde. Seine akademischen Interessen lägen insbesondere im Bereich des islamischen Sufismus, teilte Diyanet mit ([mehr](#)).

2.3. Was sonst noch war

- Bundeskongress der Räte der Religionen tagt zum Thema „Kreative Wege gegen Sprachlosigkeit und Verrohung“; nächster Kongress 2026 in Stuttgart ([mehr](#))
- Frankfurt: Nura Froemel und Michaela Fuhrmann zu Vorsitzenden des Rates der Religionen gewählt; Dank an den langjährigen Vorsitzenden Joachim Valentin ([mehr](#))
- Kirchen: Interculturelle Woche ist Gegenpol zum Rechtspopulismus ([mehr](#))
- UNO: Mehrere Staaten erkennen Palästina als Staat an ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Vielfaltsbarometer der Robert-Bosch-Stiftung: Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt nimmt ab

Die Zustimmung zur gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland nimmt ab. Das ist eines der Ergebnisse der aktuellen Ausgabe des „Vielfaltsbarometers“ der Robert Bosch Stiftung. Das Vielfaltsbarometer ist eine repräsentative Befragung zum gesellschaftlichen Zusammenleben in Deutschland. Sie wurde zuletzt 2019 durchgeführt.

Während 2019 noch 63 Prozent der Befragten zunehmende Vielfalt eher oder sehr stark als Bereicherung erachteten, waren es 2025 lediglich 45 Prozent, teilte die Stiftung mit. Im gleichen Zeitraum sei der Anteil derjenigen, die Vielfalt als Bedrohung wahrnehmen, um 17 Prozent gestiegen. Der „Vielfalts-gesamtindex“ sei von 68 Punkten auf 63 Punkte gesunken (Skala 0–100). Das sei „ein deutliches Signal für wachsende gesellschaftliche Spannungen“. „Viele Menschen fühlen sich aktuell verunsichert oder überfordert. Verlustängste führen dazu, dass Abgrenzung als vermeintlicher Schutz empfunden wird“, erklärte Otilie Bälz von der Robert Bosch Stiftung.

Wichtige Ergebnisse:

- Bleibend hohe Zustimmung beim Thema „Behinderung“ (82 Punkte; 2019: 83).
- Mehr Zustimmung beim Thema „Geschlecht“ (74; 2019: 69).
- Weniger Zustimmung beim Thema „Sexuelle Orientierung“ (69; 2019: 77).
- Erheblich weniger Zustimmung beim Thema „Ethnische Herkunft“ (56; 2019: 73).
- Weiter sinkende Zustimmung beim Thema „Religion“ (34; 2019: 44).

Der sehr niedrige Wert beim Thema „Religion“ zeige „eine weit verbreitete Ablehnung, die insbesondere Muslim:innen“ betreffe, so die Stiftung. „Religiöse Christ:innen und Jüd:innen erfahren hingegen deutlich weniger Zurückweisung. Im Vergleich zu allen anderen Dimensionen fallen die Akzeptanzwerte so niedrig wie nirgendwo anders aus.“

Die höchsten Akzeptanzwerte fänden sich in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Schlusslichter seien Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auffällig sei: „Das frühere West-Ost-Gefälle findet sich so nicht mehr, auch im Westen sinkt die Akzeptanz zunehmend. Insbesondere in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg haben sich die Werte im Vergleich zu 2019 verschlechtert.“

„Die Gräben zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen von Vielfalt haben sich seit 2019 vertieft. Einige politische und mediale Akteure nutzen Unsicherheiten gezielt, um Spaltung noch zu verstärken“, kommentierte der Vielfaltsbeauftragte der Robert Bosch Stiftung, Ferdinand Mirbach, die Ergebnisse. Nötig seien „Begegnungen von Menschen im Alltag, Dialogformate und gemeinsames Lernen“. „Dafür müssen Räume geschaffen werden, in denen unterschiedliche Gruppen einander begegnen“ ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

- M. Özdoğan (Hg.), Antimuslimischer Rassismus und rassismuskritische Handlungskompetenz. Über Bewältigungsformen und Umgangsstrategien in pädagogischen Kontexten, Weinheim 2025
- S. Pickel u.a. (Hg.), Radikaler Islam und radikaler Anti-Islam. Eine Radikalisierungsspirale wechselseitiger Ablehnung, Weinheim 2025
- W. Reinbold, Oberammergau und die Juden 1900–2022. Eine kommentierte Synopse, Göttingen 2025.

Hannover, den 25.9.2025

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.